

Therapeuten auf Barrikaden

Protest vor Gesundheitsministerium gegen Honorarkürzung in ambulanter Psychotherapie, Bündnis plant bundesweit Aktionen

Von Dominik Wetzels

Die Zeichen der Zeit stehen auf Kürzung, auch in der ambulanten Psychotherapie. 4,5 Prozent weniger Honorar trotz Inflation – ein harter Einschnitt in der Vergütung der Therapeuten, die der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen Mitte März verordnet hat. Der Beschluss gilt ab dem 1. April. Wertschätzung sieht anders aus, meint das Aktionsbündnis Psychotherapie, das am Donnerstag zur Kundgebung vor dem Bundesgesundheitsministerium in der Berliner Glinkastraße aufgerufen hat. Mit Erfolg, der Platz vor der Behörde ist knackevoll mit Protestierenden. Ihr Unmut richtet sich nicht nur gegen Ministerin Nina Warke (CDU); sie könnte bis Mitte Mai die Kürzung noch stoppen. Auch die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und der Spitzenverband Bund der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) stehen im Fokus.

Die Polizei hält während des Protests die Straße für den Verkehr frei, die etwa tausend Demonstranten verschwinden fast hinter großen Polizeitransportern in eine Nebenstraße. Doch sie sind lautstark zu vernehmen: »Es reicht«, rufen die Psychotherapeuten. Die meisten, die vor Ort sind, praktizieren selbst oder sind noch in der Ausbildung. Sie fordern, dass die beschlossenen Kürzungen zurückgenommen werden. Die 4,5 Prozent, die Kassentherapeuten weniger bekommen sollen, seien eine »Degradierung für eine Behandlungsform, die nachgewiesenermaßen wirkt«, so Umut Özdemir. Der Psychologe und Influencer spricht als einer der ersten auf der Bühne und wehrt sich dagegen, »Spielball der Politik« zu werden. Demonstrierende und Redner sind sich einig: »Was heute eingespart wird, zahlen wir morgen um ein Vielfaches.« Wer an Psychotherapie kürzt, verschiebe einfach die Kosten hin zu Arbeitsausfällen und Frührente. Und, erschreckenderweise: Im Jahr 2024 beendeten über 10.000 Menschen in Deutschland ihr Leben durch Suizid. Das zeigt: Therapien sind nötiger denn je.

Fabian Steiner, Psychologiestudent, erklärt gegenüber *jW*, wie das Bündnis sich vor wenigen Wochen spontan, wütend über den Beschluss der Kürzungen, zusammengeschlossen hat. Die Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPtV), die Psychotherapeutenkammer Berlin, der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (BVVP) und »Psychologists for Future« sind Teil des Aktionsbündnisses. Die Demonstration vor dem Bundesgesundheitsministerium ist nicht ihre einzige Aktion, die Kundgebungen finden bundesweit statt. In Kassel, Marburg, Stuttgart, Saarbrücken und Frankfurt am Main sind in den nächsten Tagen und Wochen Proteste geplant.

Und am 15. April ruft das Berliner Bündnis zum Protest vor dem Bundestag auf.

Betroffene von psychischen Erkrankungen warten in Deutschland schon heute oft monatelang auf einen Therapieplatz beziehungsweise darauf, überhaupt einen Termin beim Therapeuten zu bekommen. Die Aktiven im Bündnis seien bereit, »das System kognitiv umzustrukturieren«. An Humor mangelt es ihnen jedenfalls nicht. Die Stimmung ist kämpferisch und ausgelassen, auch als plötzlicher Hagel und Regen einsetzen: »We are therapised!« steht auf einem Schild bei der Demo. Briefe mit Forderungen werden an einen Vertreter des Gesundheitsministeriums übergeben. Rednerinnen appellieren an Solidarität und Vernetzung unter den Pflege- und Gesundheitsberufen. In diesem Sinne geht ein Applaus an die oft unter prekären Bedingungen arbeitenden Hebammen. »Schluss mit der erlernten Hilflosigkeit, dysfunktionale Systeme brechen«, heißt es von der Bühne. Auch von der Opposition im Bundestag gibt es Unterstützung. Ricarda Lang (Grüne) spricht von einem »Armutszeugnis«. Sie und Heidi Reichinnek, Fraktionsvorsitzende von Die Linke, seien sich einig darüber, dass es kein Zufall sei, dass genau in einer Berufsgruppe gespart wird, in der besonders viele Frauen arbeiteten. Beide werben für die Abschaffung der Zweiklassenmedizin und eine einheitliche Bürgerversicherung, in der sich diejenigen mit höherem Gehalt nicht einfach »der Solidargemeinschaft entziehen können«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519985.geplante-honorarkürzung-therapeuten-auf-barrikaden.html>